



Herausgeber

Deutscher Städte- und Gemeindebund

Dr. Gerd Landsberg
Marienstraße 6
12207 Berlin

Telefon 030 77307-0

✉ dstgb@dstgb.de

📘 facebook.com/dstgb

🐦 twitter.com/Gemeindebund

📷 instagram.com/gemeindebund

Der DStGB:

Eine starke Stimme

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund vertritt die Interessen der deutschen Städte und Gemeinden. Auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene gibt er Kommunen eine starke Stimme und greift die Themen auf, die Bürger:innen vor Ort bewegen.

Durch seine 17 Mitgliedsverbände sind 11 000 große, mittlere und kleinere Kommunen organisiert und vernetzt. Die Verbandsarbeit erfolgt parteiunabhängig und ohne staatliche Zuschüsse. Die Besetzung der Organe orientiert sich an dem Votum der Wähler bei den Kommunalwahlen.

Der DStGB ist »Kommunales Informationsnetzwerk« und sensibilisiert und mobilisiert Politik und Öffentlichkeit für kommunalpolitische Interessen.

Er fungiert als »Kommunale Koordinierungsstelle« für den permanenten Erfahrungs- und Informationsaustausch unter den Mitgliedsverbänden. Nicht zuletzt ist der Verband »Kommunales Vertretungsorgan« durch Repräsentation in zentralen Organisationen.

Mehr Realitätssinn – Leistungsfähigkeit des Staates beschränkt

Explodierende Energiekosten in Folge des Ukraine-Kriegs und Herausforderungen bei der Versorgungssicherheit, Inflation, die Bewältigung der Corona-Pandemie, aber auch Klimaschutz und Klimaanpassung sowie weiter steigende Flüchtlingszahlen zeigen: Unsere Städte und Gemeinden befinden sich im Dauer-Krisenmodus. Immer neue Problemstellungen müssen in Zeiten knapper kommunaler Kassen bewältigt und praxisgerechte Lösungen gefunden werden. Dies ist gepaart mit der Erwartungshaltung, dass kommunale Daseinsvorsorgeleistungen wie eine sichere Ver- und Entsorgung, die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums, ein ausreichendes Angebot an Schulen und Kindergärten, aber auch Kultur- und Freizeitangebote oder ein gute funktionierender ÖPNV unverändert und in gleichbleibender Qualität bereitgestellt werden.

Angesichts massiv steigender Energiepreise, einem spürbaren Personal- und Fachkräftemangel, weiterer Aufgabenzuweisungen durch Bund und Länder sowie überbordender Standards, Bürokratie und Regulierungsanforderungen steht diese Aufgabenerfüllung zunehmend in Frage. Dies betrifft auch die Stadtwerke, kommunalen Verkehrsunternehmen und Sparkassen, die künftig immer weniger zur Finanzierung der Kommunen und der kommunalen Daseinsvorsorge beitragen können. Wir benötigen eine Fokussierung auf das Wesentliche und eine Priorisierung der von den Kommunen zu leistenden Aufgaben. Eine unverändertes „Weiter so“ kann und wird es angesichts der aktuellen Herausforderungen nicht geben können.

Mehr Realitätssinn

Erforderlich sind ein Umdenken und ein neuer Realitätssinn. Die Grenze der gesamtstaatlichen Leistungsfähigkeit ist längst überschritten. Zukunftsaufgaben wie Energie-, Wärme- und Mobilitätswende, Klimaschutz und Klimaanpassung, die Digitalisierung, die Stärkung der Bildung, der Fachkräftemangel oder auch die Schaffung bezahlbaren Wohnraums erfordern eine neue und realistische Einschätzung dessen, was noch leistbar ist.

Zunehmende Rechtsansprüche, wie etwa der Anspruch auf Ganztagsbetreuung, und der weitere Aufwuchs von Standards führen bei den Bürgerinnen und Bürgern zu einer Erwartungshaltung, der angesichts knapper personeller und finanzieller Ressourcen durch die Städte und Gemeinden nicht mehr entsprochen werden kann. Es bedarf daher eines gemeinsamen Verständnisses von Bund, Ländern und Kommunen, dass Leistungsversprechen erst dann gemacht werden, wenn deren Umsetzbarkeit und vor allem die Finanzbarkeit geprüft und im Ergebnis sichergestellt sind. Das Konnexitätsprinzip muss zukünftig konsequent beachtet werden.

Die Zeitenwende muss auch in der Politik stattfinden. Die Fachpolitiken müssen den Blick auf das Machbare und Notwendige richten. Der Koalitionsvertrag muss insofern angepasst werden.

Konnexität

Der Grundsatz „Wer bestellt, der bezahlt“ darf nicht weiter nur Lippenbekenntnis sein, sondern muss verbindliche Richtschnur für das politische

Handeln von Bund und Ländern werden. Politische Vorhaben müssen von der Ebene ausfinanziert werden, die sie macht. In den Gesetzgebungsverfahren müssen wirksame Kostenbremsen eingeführt werden. Die Kostenfolgen der Gesetzgebung müssen verlässlich im Vorhinein ermittelt und diese dann verpflichtend mit einer gleichzeitigen Abgabenerhöhung für deren Ausfinanzierung verbunden werden

Nur mit weniger Bürokratie und finanziell handlungsfähigen Städten und Gemeinden werden die Probleme von morgen lösen können. Besonders in Krisenzeiten zeigt sich immer wieder, dass zu hohe Standards ein Hindernis für handlungsfähige Kommunen sind. Mehr Generalklauseln und Zielbestimmungen und weniger ausdifferenzierte Einzelfallregelungen sind erforderlich. Ob im Bereich von Kitas und Schulen, beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Übertragungs- und Verteilnetze, bei Maßnahmen zum kommunalen Klimaschutz oder beim Bau neuer und bezahlbarer Wohnungen: Wir müssen Kompromisse finden, um zu praxisgerechten, bezahlbaren und vor allem zügigen Lösungen zu kommen. Immer neue und höhere Standards sind der falsche Weg – hiermit muss Schluss sein. Der Abbau überflüssiger Normen und Standards muss dabei mit einer konsequenten Gesetzesfolgenabschätzung einhergehen.

Prioritätensetzung

Bei der Realisierung von Erneuerbare-Energien-Projekten, die einen wichtigen Beitrag zur Energiesicherheit und zum Klimaschutz leisten, sollte auf aufwändige Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen verzichtet werden.

Kommunale Planungs- und Genehmigungsverfahren können durch die Wiedereinführung einer EU-konformen Präklusionsregelung effektiv beschleunigt werden. Unter Beachtung der Anforderungen des Klimaschutzes und der Bezahlbarkeit des Wohnens sollte statt marktüblichen Standards eine Überprüfung des baulichen Anforderungsniveaus und die Formulierung von Mindeststandards erfolgen. Die Prüfung der Auswirkung von technischer Normung auf die Höhe von Baukosten muss zukünftig zum Pflichtprogramm gehören. Baukostensteigerungen haben das Wohnen in den vergangenen Jahren in vielen Regionen teuer und unerschwinglich gemacht.

Zudem ist es erforderlich, die Digitalisierung der Verwaltung konsequent voranzutreiben. Dies gilt für alle Verwaltungsbereiche und nicht nur im Bereich des Planens und Bauens. Das vom Bund angekündigte Bürokratienteilentsetzungsgesetz muss zudem zügig auf den Weg gebracht werden.

Ehrliche Kommunikation

Bund und Länder müssen den Bürgerinnen und Bürgern und auch der Wirtschaft ehrlich kommunizieren, was vom Staat in Zukunft noch prioritär geleistet werden kann und was nachrangig ist. Der Staat wird nicht alle Krisenfolgen ausgleichen können. Die Bürgerinnen und Bürger müssen auch auf Einschränkungen und Verzicht vorbereitet werden. Die Erwartungen an einen „Vollkaskostaat“ waren immer überzogen. Dies ist überdeutlich und muss korrigiert werden. Ohne Eigenvorsorge und Eigenverantwortung aller wird es nicht gelingen, die vor uns liegenden Zukunftsaufgaben zu bewältigen. Es braucht eine neue Kultur der Eigenverantwortung

und ein kluges Erwartungsmanagement.



DSTGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Mitgliedsverbände

Bayerischer Gemeindetag | Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz | Gemeinde- und Städtebund Thüringen
Gemeindetag Baden-Württemberg | Hessischer Städte- und Gemeindebund | Hessischer Städtetag | Niedersächsischer
Städte- und Gemeindebund Niedersächsischer Städtetag | Saarländischer Städte- und Gemeindetag | Sächsischer
Städte- und Gemeindetag | Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag | Städte- und Gemeindebund Brandenburg
Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt | Städte- und Gemeindetag
Mecklenburg-Vorpommern | Städteverband Schleswig-Holstein | Städtetag Rheinland-Pfalz